

# Martin Kunzmann DGB-Landesvorsitzender

## Rede zur 21. Ordentlichen Bezirkskonferenz DGB Baden-Württemberg Stuttgart, 27. Januar 2018

### Es gilt das gesprochene Wort!

---

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren,

wo ist nur die Zeit geblieben?

Es scheint mir, als wäre es gestern gewesen, dass ich hier an diesem Rednerpult gestanden habe.

Heute vor einem Jahr habe ich mich bei euch als neuer Landesvorsitzender beworben.

Jetzt habe ich mein erstes Jahr hinter mir. Ein Jahr, in dem ich viel Neues erlebt und erfahren habe.

Nach über 40 Jahren bei der IG Metall - ehrenamtlich und hauptamtlich - hat mir dieses Jahr ganz neue Einblicke in die Gewerkschaftsarbeit gegeben.

Es ist eine ganze Menge, was wir, was ihr in den Mitgliedsgewerkschaften, zusammen mit uns im DGB, ob im Bezirk oder in den Regionen, in diesem Jahr bewegt haben.

Die **EVG** hat einen wegweisenden Tarifabschluss durchgesetzt.  
Er lässt den Beschäftigten die Wahl, zwischen mehr Urlaub / Arbeitszeitverkürzung oder sich für mehr Geld zu entscheiden.

Die Mehrheit hat sich für die Arbeitszeitgestaltung ausgesprochen.  
So muss die Bahn jetzt schauen, dass sie mehr Personal einstellt.

Die **NGG** hat eindrucksvoll gezeigt,  
wie man bei McDonald's & Co bessere Löhne erstreitet,

wie man bei Knorr und Unilever für den Erhalt von Arbeitsplätzen kämpft, wie massiv man sich gegen die Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz wehren muss.

Die **IG Bau** ist immer wieder gefordert gewesen, die Schmutzkonzurrenz in der Bauwirtschaft einzudämmen. Das hat sie oft erfolgreich gemacht.

Auch für die GebäudereinigerInnen hat sie bessere Arbeitsbedingungen erstritten.

Außerdem hat sie viele gute Vorschläge zur Wohnungspolitik gemacht und diese gegenüber der Landesregierung vertreten.

Die **GdP**: Ihr Alltag sind unbezahlte Arbeitszeiten und gefüllte Stundenkonten.

Sie können nicht abgefeiert werden, weil Personal fehlt. Das erhöht nicht gerade das Vertrauen in unseren Staat. Und das alles vor dem Hintergrund, dass Tötlichkeiten gegen Polizisten immer mehr zunehmen wie allgemein im öffentlichen Dienst:  
in den Jobcentern,  
in der Justiz,  
in den Schulen oder bei den Zugbegleitern.

Niemand darf Opfer von Gewalt werden, weil er oder sie ihren Beruf ausübt.

Die **IG BCE**: Baden-Württemberg ist nicht nur das Land des Autobaus, sondern auch der Pharmaindustrie. Das wissen viele Menschen nicht. In Heilbronn durfte ich in das Salzbergwerk einfahren. Ein beeindruckendes Erlebnis. Ich habe erlebt, wie stolz die Bergleute auf ihre Arbeit sind. Mir ist vorher noch nie so bewusst geworden, was es bedeutet, den ganzen Tag unter Tage zu arbeiten.

Die **GEW** hat meinen Blick auf den Beruf Lehrer geschärft. Befristete Verträge sind für junge KollegInnen an der Tagesordnung, LehrerInnen werden sehr unterschiedlich bezahlt, manche sind Angestellte, andere Beamte.

Wie engagiert die GEWler diese Missstände angeprangert haben, konnte ich live miterleben, bei ihrer Aktion auf dem Schlossplatz.

Die **ver.di**: Wenn ich auf die KollegInnen schaue, habe ich großen Respekt vor der Fülle ihres Betreuungsfeldes.

Das Spektrum reicht vom Versicherungsfachmann, über die Verkäuferin bis hin zu der Krankenschwester und dem städtischen Sachbearbeiter.

Und da gibt's dann wieder die Angestellten und die Beamten.

Mit der beginnenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst habt ihr ein dickes Brett zu bohren.

Die sechs Prozent stehen im Raum – die öffentlichen Kassen sind gut gefüllt, die Forderung ist absolut berechtigt.

Und die **IG Metall** ist gerade dabei, einen Tarifvertrag durchzusetzen, der den Beschäftigten mehr Möglichkeiten eröffnet, ihre Arbeitszeit auf ihre persönlichen Lebenslagen abzustimmen.

Wir können stolz auf das sein, was wir gemeinsam für die Menschen in diesem Land erreicht haben: bei der Arbeitszeit, beim Urlaub, beim Mindestlohn, bei der Lohnfortzahlung, bei der Eindämmung von Leiharbeit, bei Entgelterhöhungen, bei der Humanisierung der Arbeitswelt.

Wir sind erfolgreich. Wir haben unserer Gesellschaft und diesem Land den sozialen Stempel aufgedrückt.

Unser Glas ist halbvoll. Doch mittel- und langfristig wollen wir ein volles Glas.

Es geht ja auch keiner in die Kneipe und bestellt ein halbes Glas Bier...

Deshalb können und dürfen wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen.

Wir stehen jeden Tag wieder vor der Aufgabe, Erreichtes zu verteidigen und uns neuen Herausforderungen zu stellen.

Unsere Ziele für die kommenden vier Jahre haben wir erstmals in vier Leitanträgen - „Gute Arbeit“, „Gute Bildung“, „Gutes Leben“, „Starker DGB“ - formuliert. Sie werden ergänzt und präzisiert durch die Anträge, die ihr als VertreterInnen der Mitgliedsgewerkschaften gestellt habt.

Gemeinsam haben wir dieses Paket im Bezirksvorstand geschnürt.

Wenn ihr dem heute zustimmt, dann müssen wir es gemeinsam umsetzen.

Doch auch im DGB – egal ob in der Verwaltung oder im politischen Bereich haben wir uns weiterentwickelt.

Wir haben Organisationswahlen in den Stadt- und Kreisverbänden durchgeführt.  
Die Ehrenamtlichen sind zusammen mit den Hauptamtlichen vor Ort das Fundament unserer Gewerkschaftsarbeit.

Nur wenn wir uns alle einbringen, können wir die Macht demonstrieren, die wir durch unsere mehr als 800.000 Mitglieder im Land haben.  
Nur wenn wir engagiert an einem Strang ziehen, können wir die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in diesem Land verbessern.

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst die gute Nachricht.  
Die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg ist positiv.  
Auch für 2018 wird ein Wirtschaftswachstum von 2,25 Prozent vorhergesagt. Das ist sehr erfreulich.

Es zeigt, dass die Beschäftigten in den Unternehmen, in den Verwaltungen, im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen einen tollen Job machen.

Doch es gibt auch eine schlechte Nachricht:  
Nicht alle Beschäftigten partizipieren an diesem Erfolg, obwohl sie daran beteiligt sind.  
Wer ein niedriges Einkommen hat, profitiert kaum von der guten Gesamtlage.

Die großen Gewinner sind - man möchte fast sagen, wie immer - die Manager.  
Deren Gehälter umfassen im Schnitt das 57-fache von einem Arbeitnehmer.

Dagegen hat sich an der Situation vieler Beschäftigter nichts verbessert.

Für 40 Prozent der Beschäftigten hat sie sich sogar deutlich verschlechtert.  
Ihre realen Bruttolöhne sind niedriger als vor 20 Jahren.  
Das gilt vor allem für die bundesweit über sieben Millionen ArbeitnehmerInnen, die im Niedriglohnsektor feststecken.

Die prekären Beschäftigungen sind in den vergangenen Jahren rasant angestiegen - auch im wohlhabenden Baden-Württemberg.

Immer mehr Menschen arbeiten in Teilzeit - häufig unfreiwillig. Besonders betroffen sind Frauen. Fast jede zweite Frau arbeitet in Teilzeit und jede Vierte hat nur einen Minijob.

Wir haben den Mindestlohn erkämpft. Seit 2015 ist er da. Dennoch bekamen 2016 etwa 1,8 Millionen Beschäftigte nicht einmal die 8,50 Euro pro Stunde! Das ist ein Skandal!

130.000 Menschen arbeiten in Baden-Württemberg in Leiharbeit. Das sind fast 100.000 mehr als vor 13 Jahren. Ihre Entgelte sind gegenüber den Stammbeschäftigten im Schnitt 50 Prozent niedriger. Viele Menschen brauchen zwei oder drei Jobs, um die Familie ernähren zu können.

Diese Zustände haben nichts mit einer modernen Gesellschaft zu tun. Die Feierlaune der Aktionäre muss sich endlich auch im Geldbeutel der Beschäftigten niederschlagen.

Wir müssen weg von der steigenden Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse.

Sonst wird die Schere zwischen Arm und Reich immer noch größer.

Ganz aktuell hat das DIW ermittelt: In Deutschland besitzen die 45 reichsten Haushalte so viel wie die Hälfte der Bevölkerung, nämlich 214 Milliarden Euro.

Heute sind die Einkommen so ungleich verteilt wie vor 100 Jahren. 40 Prozent des Gesamteinkommens in Deutschland entfallen auf zehn Prozent der Bevölkerung.

Wer mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland will, muss das ändern.

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Gäste,

eine weitere Schere auf dem Arbeitsmarkt entsteht durch die sinkende Tarifbindung.

In nur noch 26 Prozent aller Betriebe im Land gilt der Flächentarifvertrag.

Nur etwas mehr als die Hälfte aller Beschäftigten profitieren von guten, tariflichen Regelungen.

ArbeitgeberInnen, die sich nur an die Tarifverträge anlehnen, entziehen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.

Sie verweigern ihren Beschäftigten einen rechtssicheren Schutz.

Zudem liegen die Entgelte in Betrieben ohne Tarifbindung 20 Prozent unter dem Schnitt.

Das befördert Lohndumping.

Damit muss Schluss sein.

Der Tarifvertrag muss das Maß sein.

Wir alle müssen dafür kämpfen, dass die Tarifbindung gestärkt wird.

Die Bundeskanzlerin hat auf dem Gewerkschaftstag der IG BCE ein hohes Lied auf den Flächentarif gesungen. Jetzt müssen Taten folgen.

Zur Stärkung der Tarifbindung gehört auch die Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten.

Tarifbindung und Mitbestimmung garantieren sichere Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen.

Sie sind die Voraussetzung dafür, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände die Entgelt- und Arbeitsbedingungen aushandeln können.

Wir brauchen aber mehr Handlungsspielraum für Betriebs- und Personalräte.

Noch zwei Sätze zum Streikrecht.

Es kann nicht angehen, dass Arbeitgeberverbände Arbeitsgerichten die Zeit stehlen, um Warnstreiks von Beschäftigten an Unikliniken, bei Verkehrsbetrieben oder in der M+E Industrie zu verhindern.

Einschränkungen des Streikrechts darf es nicht geben.

Streik ist ein Grundrecht.

Deshalb muss das Streikrecht gestärkt werden.

Die kalte Aussperrung muss endlich fallen ebenso wie das Verbot des Beamtenstreiks.

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Jahr haben wir Betriebsrats- und JAV-Wahlen. Es erschreckt mich immer wieder, in wie vielen Betrieben verhindert wird, dass Interessensvertretungen entstehen.

Die erstmalige Wahl eines Betriebs- oder Personalrates mutiert oft vom demokratischen Grundrecht zu einem Hochrisikoprojekt.

Betriebs- und Personalratswahlen sind im Betriebsverfassungsgesetz und Landespersonalvertretungsgesetz eindeutig festgeschrieben.

Wenn also UnternehmerInnen Betriebs- und Personalratswahlen verhindern wollen, verweigern sie verbrieftes Recht.

Das kann auch nicht im Interesse von Ihnen als stellvertretender Ministerpräsident dieses Landes sein, Herr Minister Strobl.

Wir brauchen mehr Schutz für diejenigen ArbeitnehmerInnen, die bereit sind, sich ehrenamtlich im Betriebs- und Personalrat zu engagieren.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich für eine Weiterentwicklung der Betriebsverfassung im Bund stark macht.

Überhaupt vermisse ich das Interesse an Arbeitnehmerfragen bei der grün-schwarzen Landesregierung.

Bei den vielen Veranstaltungen, die ich als DGB-Landesvorsitzender besuche, höre ich selten Begriffe wie ArbeitnehmerInnen / Beschäftigte.

Bei einem Treffen von uns GewerkschafterInnen mit dem Ministerpräsidenten wurde auch über das Bildungszeitgesetz gesprochen.

Die Haltung von Winfried Kretschmann hat uns verwundert: Beschäftigte könnten sich in der Freizeit weiterbilden, da wir in Deutschland die kürzesten Arbeitszeiten und meisten Urlaubstage hätten.

Unsere Themen stehen bei der Landesregierung nicht im Fokus.

Und wenn, dann müssen wir weitaus dickere Bretter bohren als die Arbeitgeberseite.

Und noch einen Satz zu der Vergabep Praxis der Landesregierung bei öffentlichen Aufträgen.

Wenn die Stärkung des Flächentarifvertrages nicht nur eine leere Sprechblase sein soll, dann muss die Tarifbindung oberstes Kriterium bei der öffentlichen Auftragsvergabe sein.

Dann muss sich der Vergabelohn mindestens an der untersten Entgeltgruppe des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst orientieren und nicht am Mindestlohn.

Mit der Novellierung des Tariftreuegesetzes ist Grün-Schwarz an diesem Punkt klar zurückgerudert. Da waren wir schon weiter unter Grün-Rot.

Das gilt im Übrigen auch für die Reform des Arbeitszeitgesetzes.

Dem DEHOGA haben führende Persönlichkeiten der Landesregierung Unterstützung zugesagt.

Die elfstündige Ruhephase und den Acht-Stunden Tag, der faktisch auf zehn Stunden ausgedehnt werden kann, wollen die ArbeitgeberInnen kippen. Der DEHOGA fordert sogar eine Ausweitung auf einen 13-Stunden-Tag.

Ja, in welchem Zeitalter leben wir denn?

Darüber hinaus darf es keine Aufweichung der Dokumentationspflicht der Arbeitszeit geben.

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren, die Handlungsfähigkeit des deutschen Staates ist in den vergangenen 20 Jahren stark beschnitten worden. Stichwort „schlanker Staat“ – „Nullverschuldung“ – „schwarze Null“.

Der öffentliche Dienst wurde einem Sparkurs unterworfen, der Personalabbau in den Verwaltungen vorangetrieben und öffentliche Aufgaben wurden privatisiert.

Damit muss Schluss sein.

Die öffentliche Daseinsvorsorge muss in den Händen der staatlichen Institutionen bleiben.

Der Privatisierungswahn ist eine der Ursachen für die Ungleichheit in unserer Gesellschaft.



Durch den Rückgang staatlichen Vermögens verringern sich die Handlungsoptionen des Staates  
– reiches Land, armer Staat.

Das trifft vor allem die abhängig Beschäftigten und ihre Familien. Gerade sie können sich keinen armen Staat leisten.

Privatisierung wird immer auf dem Rücken der Menschen ausgetragen.

Einige Beispiele.

Beispiel Klinikbereich:

Gesundheitsvorsorge funktioniert nicht auf der Basis der Gewinnmaximierung.

Eine gesetzliche Personalbemessung für die Krankenpflege und anderen Berufsgruppen in den Krankenhäusern ist unverzichtbar.

Genau um solch verbindliche Vorgaben kämpft die ver.di in ihrer aktuellen Tarifrunde.

Schon heute fehlen bundesweit mindestens 70.000 Stellen allein in der Pflege.

Was das für die Menschen, die in den Krankenhäusern und in der Pflege tätig sind, und für die PatientInnen bedeutet ist klar: Mehr und pflegeintensivere Patienten werden durch weniger Pflegende versorgt.

Die Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, haben einen Anspruch auf Würde.

Die Menschen, die in der Pflege arbeiten, haben ein Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung.

Von Sozialminister Manne Lucha wird die Pflegekammer als eine der besten Maßnahmen propagiert, um diese Missstände zu beheben.

Doch, was heißt das konkret: Alle Menschen, die in der Pflege tätig sind, werden zu einer Mitgliedschaft in der Pflegekammer verpflichtet.

Das mag für Berufsgruppen wie Architekten greifen, in denen es viele Selbstständige gibt. Für die angestellten Krankenhausbeschäftigten führt es nur zu einer weiteren Spaltung und Entsolidarisierung der Belegschaften.

Denn eines ist klar: An den Missständen in der Pflege ändern die Pflegekammern nichts.

Es gibt nur einen Weg, die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen zu verbessern – gute Tarifverträge.

Das ist die ureigene Aufgabe der Tarifpartner – Gewerkschaft und Arbeitgeberverbände.  
Es lohnt sich also, sich in der Gewerkschaft zu engagieren.

Nächstes Beispiel: Wohnungsbau:  
Wohnraumknappheit und steigende Mieten haben bedenkliche Maße angenommen.

In den Großstädten geben viele Menschen nahezu 50 Prozent ihres Einkommens für die Miete aus.

In den Ballungsräumen ist erschwinglicher Wohnraum für finanzschwache MieterInnen, RentnerInnen und Familien kaum vorhanden.

Wohnen wird zu einem Luxusgut.  
Das birgt einen immensen Sprengstoff in sich.

Hier bedarf es eines politischen Umdenkens: Wir müssen in den sozialen Wohnungsbau investieren.  
Es muss mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen. Nur so kann eine weitere Spaltung der Gesellschaft verhindert werden.

Das scheint auch die grün-schwarze Landesregierung erkannt zu haben.

Das neue Programm, das die Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut kürzlich vorgestellt hat, ist aus unserer Sicht aber zu kurz gesprungen.

Knapp 10.200 Sozialwohnungen sollen in diesem Jahr gefördert werden.

Gebraucht werden aber 16.000 neue Sozialwohnungen jährlich. Das sieht auch der Mieterbund so.

Insgesamt müssten im Land jeder Jahr 70.000 bis 80.000 neue Wohnungen gebaut werden.  
Davon sind wir weit entfernt.

Deshalb sagen wir: das Land muss eigenständig mehr tun, um die Menschen mit Wohnraum zu versorgen.

Momentan kommt bekanntlich der große Batzen an Fördergeldern aus Berlin.

Beispiel Infrastrukturmaßnahmen:

Unsere Straßen und Brücken sind marode, der öffentliche Nahverkehr ist geschwächt, viele öffentliche Gebäude müssen dringend saniert werden.

Wir brauchen einen Masterplan „Verkehr“.

In diesem Zusammenhang muss man auch einen Satz zu Stuttgart 21 sagen:

Egal, wie man zu Stuttgart 21 steht – das ist kein Aushängeschild!

Jeder Geselle würde damit durch seine Prüfung fallen.

Aus Stuttgart 21 ist inzwischen Stuttgart 25 plus geworden,

mit einer Kostensteigerung auf 8,2 Milliarden Euro.

Das ist wirklich keine Meisterleistung, wie hier mit öffentlichen Mitteln umgegangen wird.

Es entsteht der Eindruck, die Verantwortlichen haben nach dem Motto gehandelt:

Wir fangen mal an, das Geld kommt dann schon irgendwie.

So kann man mit Steuergeldern nicht umgehen.

So geht Vertrauen verloren.

Beispiel Ausbau Breitband:

Wir reden über autonomes Fahren.

Doch wie oft bricht die Mobilfunkverbindung ab?

Liebe Kollegen/Innen, sehr geehrte Gäste, wir müssen die gute wirtschaftliche Lage nutzen, um kräftig zu investieren – in unsere Zukunft und die unserer Kinder.

Dringende Investitionen sind aber nicht nur im Wohnungsbau und der Infrastruktur notwendig.

Bei der Bildung sind sie seit langem überfällig.

Es bedarf eines umfassenden Sanierungs- und Modernisierungsprogramms des Bundes für die Schulen. Damit die Länder entlastet werden.

Zugleich müssen die Länder verpflichtet werden, die freiwerdenden Mittel für eine qualitative Verbesserung der Schulen einzusetzen.

Hier muss einiges getan werden für:

die vorschulische Bildung,  
den Ausbau der Kita-Plätze,  
die Ganztageschulen,  
die Ausstattung der Berufsschulen.  
Doch davon sind wir in Baden-Württemberg weit entfernt.

Bei uns herrscht Lehrermangel. Bei der Lehrkraft-SchülerInnen-Relation in den Grundschulen liegt Baden Württemberg bundesweit auf dem letzten Platz. Ich befürchte, das wird unter der grün-schwarzen Landesregierung auch so bleiben.

Von den versprochenen 1.350 neuen Stellen sind tatsächlich nur 103 neu.

Damit sind Unterrichtsausfälle, Kürzungen beim Pflichtunterricht und die Streichung von Förderangeboten programmiert. Das geht vor allem zu Lasten der SchülerInnen aus bildungsfernen Gesellschaftsschichten.

Um sicher zu stellen, dass kein junger Mensch auf der Strecke bleibt, brauchen wir mehr LehrerInnen und zusätzliches pädagogisches Personal. Und natürlich brauchen wir eine bessere technische Ausstattung der Schulen.

Nach wie vor hängen die Bildungschancen in Baden-Württemberg vom Geldbeutel der Eltern ab. Unser Schulsystem ist nur auf dem Papier durchlässig. Tatsächlich ist es sozial ungerecht.

Mit der Folge, dass etwa 20 Prozent der jungen Menschen zu „Bildungsverlierern“ werden. So gleichgültig dürfen wir nicht mit unserer wertvollsten Ressource umgehen. Wenn es nicht gelingt, bei der Bildung mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen, geht ein riesiges Potenzial verloren.

Wenn wir nicht mehr und früher fördern, können wir später kaum noch reparieren.

Damit aber alle Kinder und Jugendlichen Zugang zur Bildung haben, müssen Bildungsgebühren abgeschafft werden – von der Kindertagesstätte über die Hochschule bis hin zum Meister-Kurs. Niedersachsen und Rheinland-Pfalz leben das vor.

Zum Thema Bildung gehört für uns GewerkschafterInnen aber auch Weiterbildung und Qualifizierung.

Viele ArbeitgeberInnen klagen über den Mangel an Fachkräften. Sie tun aber viel zu wenig, um die eigenen Beschäftigten fit zu machen.

Statt mehr in Weiterbildung zu investieren, herrscht in vielen Unternehmen intellektueller Stillstand.

Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung.

Und auch das Bildungszeitgesetz ist für uns ein wichtiger Baustein zur kontinuierlichen Weiterbildung von Beschäftigten.

In Zeiten, in denen der Rechtspopulismus immer stärker wird, ist die politische Bildung eine unverzichtbare Säule des Bildungszeitgesetzes.

Sie stärkt die aktive Beteiligung der BürgerInnen an der Gesellschaft und ist ein wichtiger Beitrag für ein demokratisches Gemeinwesen.

Das Bildungszeitgesetz darf nicht rasiert werden.

Es muss verbessert werden.

Dabei geht es uns vor allem um die politische Bildung.

Für mich ist es ein Kniefall vor den ArbeitgeberInnen, wenn die Landesregierung die politische Bildung aus dem Bildungszeitgesetz streichen will.

Sie, Herr Minister Strobl, können mit Ihrer Partei beweisen, dass Ihr Herz auch für ArbeitnehmerInnen schlägt.

Wir brauchen Menschen, die politisch und kulturell gebildet sind, damit unsere Demokratie wehrhaft bleibt.

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Gäste, mit der Digitalisierung, der Elektromobilität und der Energiewende kommen massive Veränderungen auf uns zu.

Sie werden uns alle betreffen – jede Berufsgruppe, jede Branche, jeden Bereich unseres Lebens.

Darauf müssen wir als GewerkschafterInnen entschlossen reagieren.

Das können wir aber nur gemeinsam - berufsgruppen- und branchenübergreifend.

Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst.

Wir sind bereit den Wandel zu gestalten.  
Das können wir aber nur gemeinsam mit einem starken DGB, unter dessen Dach die spezifischen Bedarfe der Mitgliedsgewerkschaften zu einem großen Ganzen zusammengefasst werden.  
Nur gemeinsam können wir verlässliche Brücken für die Arbeitswelt von morgen bauen.

Dabei geht es um nichts weniger als um bewährte Schutzstandards für die Beschäftigten.  
Sie dürfen auf keinen Fall in Frage gestellt werden. Sie müssen im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern modernisiert werden.

Nur so können wir sicherstellen, dass wir auch in Zukunft selbstbestimmt leben und unter fairen Bedingungen arbeiten.  
Wir brauchen eine Politik, die den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

Uns geht es um Mitbestimmung,  
Beschäftigungssicherung, Gesundheitsschutz,  
Datenschutz und neue Beschäftigungsformen.

Ein Schlüsselfaktor bei der Gestaltung der „neuen Arbeitswelt“ ist die Arbeitszeit.  
Was passiert mit den Beschäftigten, wenn sie immer und überall erreichbar sein müssen?  
Es ist nicht familienfreundlich, wenn Mutti oder Vati in ihrer freien Zeit noch auf Kundenwünsche und Forderungen ihres Arbeitgebers reagieren müssen.

Flexibilisierung der Arbeitszeit heißt die gern benutzte Formel.  
Doch bisher geht die geforderte Flexibilität nur auf Kosten der ArbeitnehmerInnen.  
Flexibilität darf aber keine Einbahnstraße sein.  
Arbeitszeitmodelle müssen an die Bedürfnisse und Lebenslagen der arbeitenden Menschen angepasst werden.

Der Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit, das Rückkehrrecht in Vollzeitbeschäftigung, der Anspruch auf Aufstockung der Arbeitszeit sind berechtigte Anliegen der Beschäftigten, die dringend geregelt werden müssen.

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren,  
Klimawandel, Verkehrswachstum, Verstädterung, demografischer Wandel und Ressourcenknappheit, auch

das sind Bereiche unseres Lebens, die mit der neuen Zeit verbunden sind.

Sie bringen weitere Herausforderungen, auf die wir Antworten finden müssen.

Dagegen sperren wir uns nicht – im Gegenteil.

Allerdings ist ganz klar: Diese Antworten müssen sozial und ökologisch sein.

Beim anstehenden Strukturwandel müssen nachhaltige Konzepte erarbeitet werden - für die gesamte Region, für alle Branchen und vor allem für die Menschen, die unmittelbar betroffen sind.

Keine Region darf wirtschaftlich abgehängt werden.

Wie sollen all diese so wichtigen Investitionen finanziert werden?

Aus unserer Sicht geht das mit ganz einfachen Mitteln - durch eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten.

Man muss nur den Mut haben, eine Vermögenssteuer einzuführen, den Spitzensteuersatz zu erhöhen, den Solidaritätszuschlag in einen Infrastrukturfonds umzuwandeln.

Und natürlich wird es höchste Zeit, dass Steuerschlupflöcher gestopft werden; Stichwort: Panama- und Paradise-Papers.

Stichwort: Bei Cum-Ex-Geschäften haben Banken, Aktienhändler und Anleger sich über Jahre hinweg Steuern erstatten lassen, die sie nie bezahlt haben. Hier wurden Gewinne auf Kosten der Steuereinkassen gemacht – in Milliardenhöhe.

Es zeigt einmal mehr, die Asozialen kommen heute im feinen Zwirn daher.

Es geht doch nicht an, dass man die Vorzüge unseres Staates wie Krankenhäuser, Kitas, Schulen gern in Anspruch nimmt.

Zugleich aber nicht bereit ist, seine Steuern in dem Staat zu zahlen, der diesen Service bereithält.

Das ist schlichtweg unsolidarisch.

Erschreckend ist für mich aber auch, wenn Wolfgang Schäuble, damals noch Finanzminister, in einem Interview sagt:

Mit den Steuerschlupflöchern sei es wie mit einer mehrköpfigen Hydra.

Wenn man einen Kopf abschläge, wüchsen mehrere nach.

Dies ist eine Bankrotterklärung des Staates.

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren, eine Bankrotterklärung des Staates ist es auch, dass immer mehr RentnerInnen Altersarmut fürchten müssen – allen voran die Frauen.

Dem sinkenden Rentenniveau muss Einhalt geboten werden.

Mit ihrer Entscheidung, das Rentenniveau auf 48 Prozent bis 2025 einzufrieren, haben die möglichen Koalitionspartner einen wichtigen Schritt getan.

Nicht ohne Stolz sage ich, dank unseres unermüdlichen Einsatzes ist es gelungen, das Thema Rente in den Köpfen der Menschen zu bekommen.

Ohne Aktionen, wie wir sie im Sommer am Stuttgarter Hauptbahnhof, auf dem Stuttgarter Schlossplatz und in Karlsruhe gemacht haben, hätte es die SPD wesentlich schwerer gehabt, sich in puncto Rente gegen die CDU/CSU durchzusetzen.

Aber ich sage auch: 48 Prozent reichen uns nicht. 48 Prozent reichen nicht, um der drohende Altersarmut zu begegnen.

Deshalb muss das Rentenniveau mittelfristig weiter erhöht und das gesetzliche Rentensystem gestärkt werden. Dafür werden wir auch in den kommenden Jahren streiten.

Nur zur Erinnerung:  
2000 hat das Rentenniveau bei 53 Prozent gelegen.

Es war eine der größten sozialpolitischen Fehlleistungen, das sinkende Rentenniveau mit einer privaten Rentenversicherung ausgleichen zu wollen. Gewonnen hat die Versicherungswirtschaft. Die Menschen, die in eine private Rentenversicherung einzahlen, wissen nicht, was am Ende herauskommt. Diejenigen, die sich gar keine private Rentenversicherung leisten können, marschieren direkt in die Altersarmut.

Dabei sprechen wir vor allem von Frauen. Während die Rente für Männer durchschnittlich bei knapp 1.200 Euro liegt, liegt der Durchschnitt bei den Frauen bei 670 Euro. Das ist unter der Grundsicherung.



Wir müssen die Rente wieder auf ein tragfähiges Fundament stellen, und das sind gute Arbeit und gute Löhne.

Die Rentenversicherung hält unsere Gesellschaft zusammen.  
Es lohnt sich, sich für sie stark zu machen.

Deshalb sollten die PolitikerInnen endlich den Mut haben, unsere Sozialsysteme dahingehend zu reformieren, dass alle BürgerInnen einbezahlen.  
Das ist gelebte Solidarität.

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren, die Rente ist eines der Themen, die uns in den kommenden Jahren begleiten werden. Doch es gibt noch mehr Dinge, mit denen wir uns beschäftigen wollen.

Wir vom DGB haben uns im vergangenen Jahr gemeinsam mit den KollegInnen der Mitgliedsgewerkschaften auf den Weg gemacht.  
Wir haben uns, wie man so schön sagt, zusammengerauft.

Das, was gut läuft, werden wir in gewohnter Manier weiter vorantreiben.  
Und wir werden neue Wege gehen.  
So werden wir künftig wichtige Fragestellungen in Form von Projekten umsetzen.  
Erste Schritte sind hier schon gemacht.

Zum Beispiel:  
ESta - unser Projekt Regionale Strukturpolitik und gute öffentliche Daseinsvorsorge, das im Bezirk und den Regionen von den Stadt- und Kreisverbänden vorangetrieben wird.

Das Projekt zur Hochschularbeit - zusammen mit den Mitgliedsgewerkschaften wollen wir unsere Aktivitäten an den Hochschulen intensivieren.

Unsere Jugend, die unser Camp Markelfingen als einzigartigen Ort für Bildungsarbeit, Vernetzung und sogar für Hochzeitsfeiern immer wieder neu belebt.

Die Kampagne zu den Betriebsratswahlen.  
Unser Bildungsprogramm, erstellt vom Bildungswerk.

Wir wollen das Thema Industriepolitik nach vorne treiben, ebenso das Thema innere Sicherheit.

Liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren, in der Gleichstellung setzen wir erste Akzente: Heute steht mit Bärbel Mauch eine Frau als Regionalgeschäftsführerin zur Wahl.

Ich habe also Wort gehalten, mit dem, was ich auf der Bezirksfrauenkonferenz versprochen habe.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch Peter Fischer danken, der zugunsten der Kollegin Mauch auf eine Kandidatur verzichtet hat.

Doch die Wahl einer Regionsgeschäftsführerin ist nur der Anfang.

In diesem Bereich werden wir in den kommenden Jahren noch zulegen müssen.

Nur dann können wir das Vorleben, was wir seit Jahren einfordern - die Gleichstellung von Frau und Mann.

Und zum Schluss noch eine politische Anmerkung: Seit 1949 ist zum ersten Mal wieder eine rechtsnationale Partei in den Bundestag eingezogen.

Und auch in unserem Landtag sitzen seit 2016 wieder Rechtspopulisten.

Das dürfen wir nicht als Normalität ansehen.

Ich finde es überhaupt nicht normal, dass WählerInnen glauben, ihren Protest nur noch durch eine solche Wahl ausdrücken zu können.

Damit müssen wir alle uns auseinandersetzen – auch wir GewerkschafterInnen.

Denn auch in unseren Reihen gibt es viel zu viele AfD-WählerInnen.

Das bereitet uns Sorgen.

Die AfD ist und bleibt eine Schande.

Sie spalten die Gesellschaft und schaden dem Ansehen Deutschlands in der Welt.

Deshalb zeigen wir Flagge gegen rechts und gegen alle, die uns spalten und Unfrieden stiften.

Wir als Einheitsgewerkschaft sind gefordert, geschlossen unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung zu verteidigen.

In unserem Land können die Menschen sicher und friedlich leben, unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrer Religion und ihrer sexuellen Neigung.

Dass das so bleibt, dafür müssen wir uns täglich einsetzen. Im Betrieb, in der Schule, im Privatleben.

Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie.

Krieg, Bürgerkrieg, Terror, Landnahme und Umweltzerstörung zwingen sie zur Flucht.

Deutschland ist gefordert, zu helfen, an einer fairen Handelsordnung zu arbeiten und eine aktive Friedenspolitik zu betreiben.

Wir leben in Europa in Frieden. Der Frieden ist das größte Geschenk.

Denn ohne Frieden ist alles nichts.

Deshalb müssen wir uns einsetzen: Für Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit – für alle.

Auf uns kommt es an, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt.

Danke für die Aufmerksamkeit.